# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg. | Abonnementspreis: Vierteljährlich 36 Mark, monatlich 12 Mark einschließlich der Postbestellgebühr. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend | Leipzig, den 7. November 1922 | Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- u. Todesanzeigen 7,50 M. die fünfgespaltene Zeile; Kaufs-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 10 Mk. Rabatt wird nicht gewährt. | Nr. 129


# An die Arbeiterschaft im deutschen Buchdruckgewerbe!

**Die Verhandlungen im Tarifausschusse haben zu einem Ergebnisse nicht geführt. Seitens des Tarifamts wurde im Auftrage beider Parteien das Reichsarbeitsministerium ersucht, durch ein Schiedsgericht über die neuen Löhne im Buchdruckgewerbe zu entscheiden. Das Schiedsgericht hat am Sonnabend, dem 4. November, unter drei vom Reichsarbeitsminister beauftragten Unparteiischen getagt und folgenden Schiedsspruch einstimmig gefällt:**

**In der Lohnklasse C wird den verheirateten Gehilfen in Orten mit 25 Proz. Lokalzuschlag für die Zeit vom 5. bis 18. November 1922 ein Zuschlag von 2648,25 M., für die Zeit vom 19. November bis 1. Dezember 1922 ein Zuschlag von 3370,50 M. auf die bis zum 4. November 1922 gezahlten Tariflöhne gegeben. Die übrigen Lohnsätze in den Alters-, Orts- und Familienstandsklassen werden nach diesen jeweiligen Wochenlöhnen in den Verhältnissen des letzten Lohnabkommens abgestuft.**

**Den Parteien wird empfohlen, über die Reglung des besonderen Aufschlags für Maschinensetzer zu verhandeln.**

**In der darauffolgenden Sitzung des Tarifausschusses gab die Prinzipalsvertretung die Erklärung ab, daß sie den ergangenen Schiedsspruch ablehne. Die Gehilfenvertretung erklärte, den Schiedsspruch trotz mancher Bedenken anzunehmen.**

**Nach der Ablehnung durch die Prinzipalität haben die Organisationsleitungen sofort die notwendigen Schritte eingeleitet, um beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs zu erwirken.**

**Die Organisationsvorstände und die gesamte Gehilfenvertretung erwarten, daß angesichts der ernsten Lage die gewerkschaftliche Disziplin gewahrt wird und jedes eigenmächtige Vorgehen bis zur vollständigen Klärung der Sachlage unterbleibt.**

**Berlin, den 4. November 1922**

**Die Organisationsvorstände**

## Zur Situation

Eine durch das Wolffsche Telegraphenbureau in der Nacht vom 4. zum 5. November der Tagespresse übermittelte Tendenzmeldung über den in vorstehender Kundgebung an die Arbeiterschaft im deutschen Buchdruckgewerbe abgedruckten Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums und dessen angeblich „einstimmige" Ablehnung durch die Unternehmervertreter des deutschen Buchdruckgewerbes zwingt uns, entgegen unsrer ursprünglichen Absicht, in das durch die Organisationsvorstände sofort eingeleitete Verfahren zur Erwirkung der Verbindlichkeitserklärung an dieser Stelle keine Polemik hineinzutragen, Abstand zu nehmen. Wir stellen daher insbesondere noch einmal fest, daß der Schiedsspruch durch das Schiedsgericht einstimmig gefällt wurde, was in der Wolffschen „Aufklärung" der Öffentlichkeit wohl aus organisationstaktischen Gründen des Deutschen Buchdruckervereins bezeichnenderweise verschwiegen wird. Wir stellen ferner fest, daß von einer „eingehenden Beratung der Arbeitgebervertreter" oder „sämtlicher aus dem ganzen Reich anwesenden Tarifkreisvertreter" der Prinzipalität vor ihrer ablehnenden Entscheidung gar keine Rede sein kann. Denn die angeblich eingehende Sonderberatung der Prinzipalsvertreter nach Verkündung des Schiedsspruchs nahm knapp 30 Minuten in Anspruch. Die Prüfung der Tragweite dieses Beschlusses war demnach zweifellos eine sehr diktatorische und steht daher in sehr schroffem Gegensatze zu der großen Verantwortlichkeit gegenüber dem gesamten Gewerbe, die damit zum Ausdruck gekommen sein soll.

Wir überlassen es der Öffentlichkeit wie der gesamten graphischen Fachwelt, sich über diese bezeichnenden Tatsachen ihr Urteil zu bilden. Zur besseren Beleuchtung dieses Trauerspiels weisen wir jedoch noch darauf hin, daß, obwohl die Besetzung des Schiedsgerichts insbesondere auf Unternehmerseite für die Interessenwahrnehmung der deutschen Buchdruckereibesitzer diesmal noch günstiger war als je zuvor, doch auch von dieser Seite die Berechtigung und Notwendigkeit das materiellen Inhalts des Schiedsspruchs anerkannt wurde, was durch dessen einstimmige Annahme durch das Schiedsgericht deutlich genug zum Ausdruck kam. Hervorheben wollen wir außerdem noch, daß in der mündlich gegebenen Begründung des Schiedsspruchs durch den Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Verhandlungsleiter Professor Dr. Ludwig Heyde, besonders betont wurde, daß der Schiedsspruch sowohl unter Würdigung dessen gefällt wurde, was von Arbeiterseite über das bisherige Zurückbleiben der Löhne im deutschen Buchdruckgewerbe hinter den Löhnen andrer Berufe gesagt wurde, nicht minder aber auch unter Berücksichtigung der vorgebrachten Gründe von Unternehmerseite bezüglich der schwierigen Lage des Gewerbes. Das Ausmaß der neuen Zulage solle daher dazu dienen, in den betreffenden Arbeitergruppen eine gewisse Beruhigung zu schaffen, während die Geltungsdauer des Schiedsspruchs auf nicht ganz vier Wochen den Unternehmern eine längere Frist zur Disponierung und entsprechenden Spielraum zur Einrichtung der Preise auf diesen Lohn bieten soll. Das sei ein Gewinn, der unter den heutigen Verhältnissen nicht gering zu veranschlagen sei. Im Interesse des Gewerbes und im Interesse des Friedens im Gewerbe hat er beide Parteien, diese Gründe zu beachten.

Dieser sachlich und beiden Parteien dringend zur Würdigung empfohlenen ideellen wie materiellen Grundlage des Schiedsspruchs vermochte die Gehilfenvertretung im Hinblick auf die Höhe der Zulage und deren abermalige Abstufung in der bisherigen Form, insbesondere aber wegen der Geltungsdauer des Schiedsspruchs bei den von Tag zu Tag erheblich veränderlichen Kosten der Lebenshaltung nur mit größten Bedenken zuzustimmen. Daß sie es tat, geschah nicht zuletzt deshalb, weil ein harter Winter der Not und des Elends alle schon längst geschwächten Haushaltungen der Kollegen im ganzen Reiche bedroht, und daher jede Erleichterung durch eine halbwegs annehmbare Lohnerhöhung dringend notwendig ist. Anders dagegen die Prinzipale. Deren Vertreter glaubten unter auffallender Androhung weiterer Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, über deren berechtigten Umfang man nach während der Verhandlungen teilweise nachgewiesener willkürlicher Ausdehnung von Unternehmerseite stark im Zweifel sein kann, aus sogenannten sozialen, technischen und wirtschaftlichen Gründen den Schiedsspruch ablehnen zu müssen. Wir wollen vorläufig davon Abstand nehmen, diese Gründe etwas schärfer unter die Lupe zu nehmen, weil wir annehmen, daß die schon von unsern Organisationsleitungen beantragte und nach allen maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen sicher und schnell zu erwartende Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs durch das Reichsarbeitsministerium und die gewerkschaftliche Disziplin der gesamten Arbeiterschaft des deutschen Buchdruckgewerbes den in Frage kommenden Herren im andern Lager binnen kurzer Frist beweisen werden, daß sowohl ihr soziales wie technisches und wirtschaftliches Verständnis einer gründlichen Reform bedarf.

Wir beschränken uns daher vorerst auf diese wenigen kritischen Bemerkungen und möchten die Kollegen im ganzen Reiche nur noch darauf aufmerksam machen, daß die diesmalige ziffernmäßige Differenzierung der im Schiedsspruche festgelegten neuen Zulage von 2648,25 M. ab 5. November für die Klasse C (Verheirate) bei 25 Proz. Lokalzuschlag auf eine prozentuale Berechnung mit 55 Proz. des bisherigen Lohnes und jene mit 3370.50 M. auf eine solche von 70 Proz., also weiteren 15 Proz. zurückzuführen ist. Mit dieser Prozentberechnung ist keine bestimmte Bindung an eine Indexziffer ausgedrückt, sie soll in ihrem Ausmaße lediglich eine gewisse und der gewerblichen Notlage angepaßte maßvolle Ausgleichung des bisherigen Rückstandes der Entlohnung im Buchdruckgewerbe gegenüber den meisten andern Berufen darstellen. Da infolge des ablehnenden Verhaltens der Prinzipalität im Tarifausschuß eine Einigung auch nach dem Schiedsspruche nicht zustande kam, muß vor Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs des Reichsarbeitsministeriums auch eine offizielle Ausrechnung der abgestuften neuen Zulagen vorläufig unterbleiben.

Da wir jedoch voraussichtlich schon in nächster Nummer in der Lage sein werden, bestimmtere Angaben über den Stand der Dinge machen zu können, wäre zunächst die an der Spitze der vorliegenden Nummer veröffentlichte Kundgebung der Organisationsvorstände die einzige und wichtigste Parole, die die gesamte Gehilfen- und Hilfsarbeiterschaft des deutschen Buchdruckgewerbes in zielbewußter wirtschaftlicher und beruflicher Schicksalsgemeinschaft in allen Gauen von den größten bis in die kleinsten Orte zu beachten wissen wird. Die gemeinsame Not hat uns zusammengeschmiedet; kurzsichtigen und engherzigen Prinzipalen gilt es zu zeigen, daß sie auf diesem Wege eine wirtschaftliche und moralische Verantwortlichkeit auf sich geladen haben, die ihnen um so weniger zum Segen gereichen wird, je länger sie sich der Notwendigkeit verschließen, die menschliche Arbeitskraft mindestens in dem Sinne zu bewerten, wie es in dem von ihnen selbst provozierten Schiedsspruche zum Ausdruck kommt!

## Das Buchgewerbe im Auslande

**Österreich.** Nach langer Zeit ist die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß die Indexziffer für die Zeit vom 15. September bis Mitte Oktober einen Rückgang von 8 Proz. aufwies. Von einer entsprechenden Verbilligung der Lebenshaltung im allgemeinen ist aber leider noch nichts zu verspüren. Es sind wohl infolge des Rückgangs einiger ausländischer Währungen einzelne Lebensmittel gesunken, dafür aber wieder andre, vor allem das Brot, im Preise gestiegen. Ein Laib im Gewichte von 1260 g kostet nunmehr seit Anfang dieses Monats 7000 Kronen. Die Unternehmer und Lebensmittelhändler, die so gern die Preise in die Höhe treiben, können und wollen sich nicht entschließen, wieder eine Reduzierung vorzunehmen, was eigentlich gar nicht verwunderlich ist, weil ja die Regierung mit „gutem" Beispiele vorangeht. Sie hat es glücklich so weit gebracht, daß es infolge der wahnsinnigen direkten und indirekten Steuern fast keinen Artikel mehr gibt, der nicht schon den Weltmarktpreis erreicht bzw. bereits um ein Beträchtliches überschritten hätte. Die weitere Folge davon ist, daß im wirtschaftlichen und industriellen Leben eine große Stagnation ihren Einzug gehalten hat, der wiederum zum größten Schaden des Proletariats ausartet. Entlassungen der industriellen Arbeiterschaft in größerem Umfange sind allwöchentlich an der Tagesordnung, und an allen Ecken und Enden benutzen die Profitbänen diese Stagnation, um die „hohen" Löhne zu drücken, damit Österreich gesunde und gerettet werden kann. Auch das Buchgewerbe, das ja bekanntlich das beste Barometer des industriellen Lebens darstellt, liegt zur Zeit sehr danieder. Der Konditionslosenstand nimmt beängstigende Formen an, und eine Besserung ist in absehbarer Zeit völlig ausgeschlossen. Um die Ausgesteuerten und Nichtbezugsberechtigten vor dem Untergange zu retten, sah sich die Wiener Vertrauensmännerversammlung nach einem Berichte der Kartellleitung bemüßigt, bis auf weiteres eine Extrasteuer von 6000 Kr. pro Woche (ungefähr eine Arbeitsstunde) von den Vollbeschäftigten einzuheben, welcher Vorschlag einstimmige Annahme fand.

Das Gesetz betreffend den Lebensmittelzuschuß für Arbeiter und Arbeiterinnen bzw. für die Ehefrau (Wirtschafterin) ist am 15. Oktober außer Wirksamkeit getreten, nachdem die bürgerlichen Parteien im Parlament trotz des Protestes der Sozialdemokraten einer Verlängerung dieses Gesetzes ihre Zustimmung versagten. Es verbleibt mithin nur noch die Beihilfe für die minderjährigen bzw. noch nicht erwerbsfähigen Kinder bestehen.

Seit 1. Oktober erfreut sich Österreich auch eines neuen Preßgesetzes. Es wurde am 7. April d. J. vom Parlament angenommen und trat am 1. Oktober in Kraft. Es hatten diesem Gesetze, dessen Mitarbeiter der Chefredakteur der Wiener „Arbeiterzeitung" und Nationalrat Friedrich Austerlitz ist, noch manche Mängel an, es bedeutet aber doch einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem alten Gesetze. Willkürliche Konfiskationen sind nunmehr ausgeschlossen, da einer jeden Konfiskation auch der Strafantrag folgen muß. Stellt sich die Beschlagnahme als ungerechtfertigt dar, so haftet die Staatskasse für den ganzen entstandenen Schaden. Auch das bei den kapitalistischen Blättern bisher so beliebte Strohmännersystem findet dadurch eine gewisse Einschränkung. Bisher konnte man nur den verantwortlichen Schriftleiter und die Druckerei, aber nicht den oder die eigentlichen Drahtzieher. Jetzt muß auch der Besitzer des Blattes oder der Herausgeber namhaft gemacht werden, und zwar mit Angabe seines ständigen Wohnsitzes. Den wertvollsten Teil des neuen Preßgesetzes bildet aber die Bestimmung, wonach jede bezahlte Anzeige innerhalb des Textteils als solche deutlich erkennbar gemacht werden muß. Natürlich hat es noch seine gute Weile, bis die große Masse des Volkes dies richtig zu würdigen verstehen wird, aber der Anfang ist dazu gemacht.

Vor einigen Tagen feierte die Buchdruckerorganisation für Tirol und Vorarlberg den Gedenktag ihres halbhundertjährigen Bestehens. In dieser kurzen Spanne Zeit hat der Verein so manche Mühsal durchkosten müssen, Treue, Solidarität und echte Kollegialität der Mitglieder haben aber allen Anstürmen seiner Gegner erfolgreichen Widerstand geleistet und er ist als Sieger aus diesem Daseinskampfe hervorgegangen. In geistreicher und interessanter Weise schildert gegenwärtig im Wiener „Vorwärts" der Obmann des Vereins, Ernst Müller in Innsbruck, den Werdegang dieser Organisation in den nun verflossenen fünf Jahrzehnten.

In aller Stille und Zurückgezogenheit feierte vor einiger Zeit in Feldbach in Steiermark Kollege Heinrich Faber seinen 75. Geburtstag. Er gehört seit über einem halben Jahrhundert der Buchdruckerorganisation an und befindet sich schon seit vielen Jahren im Invalidenstand, in dem er ein kümmerliches Dasein fristet. Der verruchte Krieg hat auch ihn um die Früchte jahrzehntelanger anstrengender Arbeit gebracht. Er war in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts verantwortlicher Redakteur des österreichischen Verbandsorgans „Vorwärts!" und hat auch sonst sehr viel im Interesse seiner Berufsgenossen getan.

**Schweiz.** In der jüngsten Zeit ist jedem Gehilfen das Machwerk, genannt Gesamtarbeitsvertrag, des Schweizerischen Buchdruckervereins auf seinen Platz gelegt worden. Man war ja auf verschiedenes gefaßt, man wußte, daß der Buchdruckerverein Verschlechterungen plane gegenüber dem jetzt Bestehenden. Aber was dieser „Gesamtarbeitsvertrag" alles aufweist, das übertrifft die schlimmsten Befürchtungen. „Ein derbliches Zuchthausgesetz" nennt es die „Helvetische Typographia" mit vollem Recht. Solch eine Zumutung kann nur von Unternehmern gemacht werden, die sich auf den protzigsten Herrenstandpunkt stellen und es sich zur Aufgabe gemacht haben, die wirtschaftlich Abhängigen in eine Zwangsjacke zu stecken. Es ist eine Provokation sondergleichen, dieses Advokatenmachwerk; ganz besonders, wenn man noch die hübsche Einleitung des Kommentars zu diesem Gesamtarbeitsvertrage liest: „Sinn und Geist des Gesamtarbeitsvertrags ist, in kurzer, klarer und loyaler Weise ein Verhältnis zwischen Prinzipalen und Gehilfen zu schaffen, das alle Angehörigen den Beruf achten und schätzen lehrt und eine lebenswerte Existenz gewährleistet. Der Entwurf des Schweizerischen Buchdruckervereins versucht daher, alle Reibungsflächen, die in den bisherigen Bestimmungen der Berufsordnung 1918—1922 enthalten sind und bei der Durchführung in den verschiedenen Institutionen der Berufsgemeinschaft zur Auswirkung gekommen sind, auszuschalten." Das eine Gute hat der Vertrag gebracht, er hat den unschlüssigen Kollegen die Augen geöffnet, so daß nun eine einige, geschlossene Kollegenschaft den Prinzipalen gegenübersteht, die entschlossen ist, gegen eine solche Unmaßung bis aufs äußerste zu kämpfen. Nie und nimmer wird der Typographenbund seine Hand bieten, um solch einen Vertrag zum Gesetz werden zu lassen, das den Arbeiter zum Sklaven stempelt. Es seien hier nur die hauptsächlichsten Bestimmungen wiedergegeben. Über die Entlohnung heißt es u. a.: „Es wird nur die wirklich eingehaltene Arbeitszeit entlohnt. Immerhin haben die Gehilfen Anrecht auf die Bezahlung von maximal sechs fabrikgesetzlichen Feiertagen. Der Lohn ist der freien Vereinbarung zwischen Prinzipal und Gehilfe überlassen." Kein Druckort weiß, in welche Lohnklasse er kommen wird. Alles soll von einer noch aufzunehmenden Statistik abhängen, die schon so bearbeitet werden würde, daß es zu einem Lohnausfall käme. Die Bezahlung der Überstunden sowie Nacht- und Sonntagsarbeit soll eine gewaltige Reduktion erfahren. Recht bescheiden sind die Ansätze der Leistungen für Maschinensetzer zu nennen. Als Mindestleistung sollen gelten: für Maschinensetzer 7000 Buchstaben glatter Satz in der Stunde an der Linotype, Intertype und am Linograph, 8000 an der Monotype, 5500 am Typograph und 5000 an der Monoline, und zwar Setzen und Ausführen der Hauskorrektur. Darüber braucht es wohl keines Kommentars. Dafür hat der Gehilfe nach zwei Jahren Anstellung Anrecht auf drei Tage Ferien. Je nach der Dauer der Anstellung sind die Ferien bis auf sechs Tage auszudehnen. Freigebiger kann man wohl kaum sein. Und nun noch die Bestimmung über die Arbeitszeit: „Für die Dauer und die Einteilung der Arbeitszeit gelten die gesetzlichen Bestimmungen; sie richten sich im übrigen nach den örtlichen Verhältnissen. Für die Maschinensetzer beträgt die wöchentliche Arbeitszeit zwei Stunden weniger als die gesetzlich zulässige Arbeitszeit im einschlägigen Tagesbetrieb. Wo wenn z. B. in der Volksabstimmung das rückwärtsrepidierte Fabrikgesetz, das wieder 54 Stunden zulässt, angenommen würde, hätten die Buchdrucker das Vergnügen, wieder 54 Stunden zu arbeiten, die Maschinensetzer 52! Höher geht's nimmer. Schlimmer kann man eine Gewerkschaft nicht provozieren. Dazu wird noch verlangt, daß jede Vertragspartei als Sicherheit für die richtige Vertragserfüllung 50000 Fr. bei der Nationalbank in Zürich hinterlegt. Wird der Vertrag einseitig durch Kollektivkündigungen, Sperreverhängungen und Aussperrungen gegenüber den auf den Vertrag verpflichteten Prinzipalen und Gehilfen oder sonst durch Gesamt- oder Teilmaßnahmen in einer Weise verletzt, die für die Gegenpartei die weitere Vertragseinhaltung offensichtlich erschwert, so kann diese ihrerseits ohne weiteres vom Vertrage zurücktreten. Das Schiedsgericht stellt alsdann auf Anrufen einer Partei fest, ob die von der zurücktretenden Partei geltend gemachte Vertragsverletzung vorliege oder aber ob deren Selbsthilfe eine ungerechtfertigte sei. In diese Advokatenfalle geht der Typographenbund natürlich nicht. Das schlechte Gewissen des Buchdruckervereins und sein mangelndes Selbstvertrauen kennzeichnet sich dadurch am besten, daß er in der bürgerlichen Presse Lügenartikel darüber losläßt, welch unverschämte Forderungen die Gehilfen aufgestellt hätten usw. Das Blaue vom Himmel wird zusammengeschwindelt, um die öffentliche Meinung gegen die Gehilfen einzunehmen. Es hat bereits eine Besprechung zwischen Vertretern des Buchdruckervereins und des Typographenbundes stattgefunden, die aber resultatlos verlief. Inzwischen finden Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Tarifs mit der Vereinigung schweizerischer Buchdruckereien (Genossenschaftsdruckereien und sonstige Buchdruckereibesitzer, die vom Buchdruckervereine nichts wissen wollen) statt, die bereits zum guten Abschlusse gelangt sein sollen. Näheres folgt.

**Großbritannien.** Die Nähe der großen Parlamentswahlen in England, Schottland und Wales ruft viel Aufregung in Buchdruckerkreisen hervor. Nach einer Tätigkeit von vier wichtigen Jahren ist die Koalitionsregierung zugrunde gegangen und die Nation steht heute vor einer politischen Krise von ausschlaggebender Bedeutung für die Zukunft. Welche Rolle wird die Arbeiterschaft in diesen Wahlen spielen? Die großen Hoffnungen von 1918 sind verschwunden und die Arbeiter stehen einer großen Enttäuschung gegenüber. Die Reaktion erhebt in Großbritannien wieder kühn das Haupt und will die Arbeiter herausfordern. Für die Arbeiter waren die Erfahrungen der letzten vier Jahre bitter. Nun ist die Gelegenheit da, für Änderung zu sorgen. Werden die Arbeiter die Gelegenheit wahrnehmen? (Der Ausfall der Gemeinderatswahlen in England und Wales spricht leider nicht dafür. Red.)

Die Wahlen kommen gerade zur rechten Zeit für die Buchdrucker. Nach tiefer Depression erscheint am Horizont ein Lichtstrahl, welcher den Kollegen sehr willkommen ist. Man sah dem kommenden Winter ängstlich entgegen, aber die gegenwärtige Lebhaftigkeit, obgleich nur von kurzer Dauer, wird die traurige Lage der Arbeitslosen erleichtern. Lohnfragen und Arbeitsbedingungen sind nun bei den Prinzipalen auf den zweiten Platz gedrängt. Sie finden es vorteilhafter unter den heutigen Umständen, solche Fragen ein wenig zu vergessen, um die dringenden Aufträge besser bewältigen zu können. Um die Meinungen der rund 1200 Kandidaten den Wählern kundzutun, braucht man große Quantitäten von Wahlliteratur, die jeden Tag wie eine Flut die Wahlkreise überschwemmt. Es besteht eine starke Rivalität zwischen allen politischen Parteien darüber, welche am meisten für die Wähler zu leisten vermag, natürlich zur Freude der geduldigen Buchdrucker. In dieser Konkurrenz bleibt die junge Arbeiterpartei nicht weit hinter den älteren Parteien zurück. Durch Manifest und Flugblatt leistet sie den Sozialisten kräftige Unterstützung. Die Hetzblätter, wie „Daily Mail" und ähnliche Organe, richten fast jeden Tag heftige Angriffe voll bitterer Galle gegen die Arbeiterpartei. Es wird hoffentlich vergebens sein. Die hochpolitische Kampagne bringt eine willkommene Belebung der Tätigkeit in den Druckereien. An Stelle der bisherigen verkürzten Arbeitszeit in vielen Betrieben, namentlich in Zeitungen, ist die Überarbeit jetzt zur Regel geworden. Hoffentlich überdauert der lebhafte Geschäftsgang die Zeit der Parlamentswahlen recht lange.

## Korrespondenzen

**Berlin.** (Außerordentliche Generalversammlung vom 26. Oktober.) Die Tagesordnung lautete: 1. Antrag der Arbeitslosen, 2. Erhöhung des Gaubeitrags, 3. Ausschluß von zwei Mitgliedern. Zum ersten Punkte der Tagesordnung teilte Kollege Masini mit, daß der von den Arbeitslosen in der letzten Generalversammlung gestellte Antrag wegen seiner Schärfe zurückgezogen und ein neuer Antrag eingebracht worden sei. In diesem wird zur Unterbringung von arbeitslosen Kollegen die Verkürzung der Arbeitszeit verlangt. Der zweite Teil des Antrags beansprucht eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung des Gaues auf ein Drittel des Berliner Minimums der Klasse C nach Abzug der sozialen Beiträge, was eine Höchstunterstützung von 1390 M. ergeben würde. Dieser Satz soll sich mit jeder Lohnerhöhung automatisch erhöhen, gleichfalls auch der Gaubeitrag, der zunächst von 25 auf 85 M. festzusetzen sei, so daß der Gesamtbeitrag, inklusive 90 M. für die Verbandskasse, 175 M. betragen würde. Den ersten Teil des Antrags hält der Gauvorstand zur Zeit für undurchführbar, da ein großer Teil der Kollegen bereits verkürzt arbeitet, und auch durch eine Arbeitszeitverkürzung der noch Vollarbeitenden keine Arbeitslosen untergebracht werden könnten. Eine Beitragserhöhung auf 85 M. glaubt der Vorstand den arbeitenden Kollegen ebenfalls nicht zumuten zu können, da der jetzige Lohn sowieso nicht zum Leben reicht. Um aber den Arbeitslosen, soweit es der Organisation überhaupt möglich ist, zu helfen, hat der Gauvorstand nachfolgenden, vom Kollegen Schleifer begründeten Antrag zur Annahme empfohlen. Von den elf Bezirksversammlungen, die sich hiermit beschäftigten, haben sechs Bezirke den Gauvorstandsantrag und fünf Bezirke den der Arbeitslosen angenommen. Mit dem ADGB. und der Erwerbslosenfürsorge ist Rücksprache genommen worden, um eine Erhöhung der Unterstützungssätze zu erreichen und um die Härten bei Gewährung der Erwerbslosenunterstützung zu beseitigen. Kollege Freibitter begründete noch einmal den Arbeitslosenantrag in eingehendster Weise. Er war doch der Meinung, daß sich das Verkürzarbeiten ermöglichen ließe und dadurch Arbeitslose untergebracht werden könnten. Der von der Prinzipalität erhobene Vorwurf, die Arbeitslosen hätten keine Lust zum Arbeiten und träten vom Nachweise vermittelte Konditionen nicht an, entspricht nicht den Tatsachen, man reihe sich sogar nach nur tageweisen Aushilfen. In den letzten Wochen wären überhaupt nur sehr wenige Konditionslose vom Nachweise vermittelt worden. Redner beleuchtete noch einmal die Härten der Erwerbslosenfürsorge und ersuchte um Annahme des Arbeitslosenantrags, der einen Gaubeitrag von 85 M. und eine Unterstützung von 1390 M. nach 500 Beiträgen, 1240 M. nach 150 Beiträgen und 1190 M. nach 52 Beiträgen fordert. Ausgesteuerte und Nichtbezugsberechtigte sollen 200 M. pro Woche erhalten. Vor allem ersuchte Redner um die automatische Erhöhung der Unterstützungssätze, damit die Arbeitslosen nach einigen Wochen nicht schon wieder mit einem derartigen Antrage kommen müssen. Kollege Schleifer wies zunächst darauf hin, daß es in fast allen Bezirksversammlungen zu verzeichnen war, daß die Befürworter des Arbeitslosenantrags diesmal meist solche Kollegen waren, die bisher immer den Standpunkt vertraten, unsre Organisation dürfe nicht zu einem Unterstützungsverein ausgebaut werden. Bezeichnend war es weiter, daß nach Erledigung des Arbeitslosenantrags ein Teil der Kollegen die Bezirksversammlungen verließ und kein Interesse mehr an der übrigen Tagesordnung zeigte. Redner teilte sodann mit, daß in der Woche bis zum 14. Oktober 303357 M. an Beiträgen eingingen, dem 379642 M. Ausgaben gegenüberstanden, so daß ein Fehlbetrag von 76285 M. zu verzeichnen war, der teilweise durch Rückvergütung gedeckt wird, aber nach diesem Kassenstand allein schon eine Erhöhung des Gaubeitrags unbedingt notwendig ist. Der Gauvorstand schlage deshalb vor, den Gaubeitrag auf 60 M. pro Woche zu erhöhen und die Gauunterstützungen folgendermaßen festzusetzen: Arbeitslose 70 M., Kranke und Invaliden 10 M. pro Tag, Nichtbezugsberechtigte 15 M. pro Tag

auf zehn Wochen, Ausgesteuerte 15 M. pro Tag auf sechs Wochen. Den Arbeitslosenantrag ersuchte Redner abzulehnen, da allein die Einführung von drei Staffeln eine bedeutende Mehrausgabe in der Verwaltung verursachen würde und dann der Gaubeitrag auf 100 M. erhöht werden müßte. Kollege Schlessler berichtete sodann noch über eine Unterredung mit Herrn Stadtrat Weise bezüglich der Erwerbslosenfürsorge. Kollege Albrecht verlas einen vom Kollegen Bernd gestellten Antrag, wonach jeder Kollege, der 5000 M. und darüber verdient, 100 M. Extrabeitrag für die Arbeitslosen zahlen solle. Nachdem darauf hingewiesen wurde, daß dieser Antrag statutwidrig und undurchführbar sei, zog ihn der Antragsteller zurück. In der Diskussion traten die Kollegen Engelmeier, Rielebeck und Schulz unter Anerkennung der Notlage der Arbeitslosen, aber auch unter Würdigung der Belastung für die arbeitenden Kollegen, für den Gauvorstandsantrag ein. Kollege Napp befürwortete den Arbeitslosenantrag. Nach einem Schlußworte des Kollegen Freibliser, in dem Redner u. a. erklärte, die Delegierten würden nur für den Gauvorstandsantrag stimmen, weil sie danach weniger zu zahlen hätten, und nach einem kurzen Hinweise des Kollegen Schlessler, daß der Gauvorstandsantrag das biete, was die Organisation zu leisten vermag, wurde der Arbeitslosenantrag mit großer Mehrheit abgelehnt und der Antrag des Gauvorstandes gegen wenige Stimmen angenommen. Damit war gleichzeitig Punkt 2 der Tagesordnung erledigt. Zum dritten Punkte der Tagesordnung führte Kollege Massini aus, daß es sich um den Ausschluß der Kollegen Nowakowitsch und Eichbaum handelt. Ersterer hatte als Betriebsrat der Friedrichstadt-Druckerei anläßlich des Berliner Streiks bewußt die dortigen Kollegen über die Generalversammlung und den Streikbeschluß falsch unterrichtet, über die Beteiligung am Streik entgegen dem Generalversammlungsbeschlusse noch eine Abstimmung im Betriebe vorgenommen und dadurch das Erscheinen der „Roten Fahne" ermöglicht. Kollege Massini erklärte noch, nach der Stellungnahme der Leipziger Generalversammlung sei es das erstemal, daß die Berliner Generalversammlung zu solchen Ausschlüssen Stellung nehmen müsse. Kollege Nowakowitsch habe den Ausschluß wohl verdient und die Generalversammlung habe darüber zu entscheiden, um uns aber von einer höheren Instanz nicht wieder korrigieren zu lassen, bat Redner, von einem Ausschluß abzusehen. Kollege Albrecht unterbreitete den Fall Eichbaum. Letzterer habe ebenfalls bewußt die Arbeit wieder aufgenommen und erklärt, sich nach dem Streikbeschlusse nicht richten zu wollen. Da Kollege Eichbaum nachträglich sein organisationsschädliches Verhalten eingesehen und selbst um Nachsicht gebeten habe, ersuchte Kollege Albrecht, auch in diesem Falle von einem Ausschluß abzusehen. Kollege Engelmeier versuchte (unter protestierenden Zwischenrufen der Versammlung) die Handlungsweise Nowakowitsch' zu rechtfertigen und bat ebenfalls, beide Ausschlußanträge abzulehnen, obwohl Eichbaum durch sein Verhalten den Ausschluß verdiene. In der Abstimmung wurden beide Ausschlußanträge abgelehnt.

S. **Köln.** (Außerordentliche Generalversammlung am 11. Oktober.) Nach Tätigung einiger Neuaufnahmen teilte Vorsitzender Jansen mit, daß wiederum zwölf Kollegen dem Berufe den Rücken gekehrt, um nicht länger dieses elende Dasein fristen zu müssen. Über den Gautag in Münster berichteten die Kollegen Baggeler und Schmitz II; beide Redner wurden mit großem Beifall bedacht. In der Diskussion wurde im wesentlichen gegen die auf dem Gautage vorgenommene Wahl der Beisitzer zum Gauvorstande protestiert. Bisher wurden die Beisitzer am Gauvororte gewählt. Ein Antrag, der die Beisitzer auffordere, ihre Ämter niederzulegen, wurde mit 87 gegen 83 Stimmen abgelehnt. Infolge des stürmischen Verlaufs der letzten Versammlungen stellte der gesamte Vorstand seine Mandate zur Verfügung. Nach Annahme eines Vertrauensvotums legten trotzdem ein Beisitzer und der Schriftführer ihre Ämter nieder. Eine Neuwahl fand nicht statt, da Vorsitzender Jansen erklärte, daß diese beiden Posten bis zur Generalversammlung im Januar mitversehen würden. Mittlerweile ist wieder Ruhe und Besonnenheit eingekehrt. Wenn es unserm Gauvorsteher Löschner bisher nicht möglich war, sich in irgendeiner Versammlung Gehör zu verschaffen, so wurde ihm an diesem Abend Beifall gezollt, als er über die Tarifausschußverhandlungen berichtete. Redner verwies auf das Protokoll im „Korr." und den Spruch des Reichsarbeitsministeriums, woran nichts mehr zu ändern sei, und empfahl die Annahme desselben. In der Diskussion wurde nur bemängelt, daß durch diesen gefällten Spruch die Maschinensetzer wiederum leer ausgegangen, was sie sich in Zukunft nicht mehr bieten lassen würden. Darauf wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die gutbesuchte außerordentliche Generalversammlung des Bezirksvereins Köln sieht sich wieder einmal genötigt, den Prinzipalen die schärfste Mißbilligung auszusprechen für ihr unsoziales Verhalten bei den letzten Lohnverhandlungen. Sie stellt fest, daß die Prinzipalität in ihrer grenzenlosen Ausbeutungs- und Profitgier für die furchtbaren wirtschaftlichen Nöte ihrer Gehilfen nicht mehr das geringste menschliche Empfinden übrig hat. Vielmehr lassen die bisher immer nur ungenügenden Zugeständnisse der Prinzipale vermuten, daß diese bewußt und systematisch auf einen Konflikt mit der Gehilfenschaft hinarbeiten, um sich so eines Teiles derselben leichter zu entledigen und damit gleichzeitig zum Schlage gegen die Organisation auszuholen. In richtiger Erkenntnis und Einschätzung solch hinterhältiger Taktik ihrer Arbeitgeber halten es die Kölner Gehilfen nach Lage der augenblicklichen Verhältnisse für unbedingt geboten, auch weiterhin die Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und sich vorläufig auf die Defensive zu beschränken. Sollten die Prinzipale es aber nächstens auf die Spitze treiben und es auf einen Verzweiflungskampf mit der Gehilfenschaft ankommen lassen, so wird diese ihn um so einmütiger aufnehmen und energisch zu führen wissen. Im übrigen gibt die Mitgliedschaft Köln nur schweren Herzens und lediglich aus taktischen Erwägungen heraus ihre Zustimmung zu dem neuen Lohnabkommen." Unter „Verschiedenem" erwähnte Kollege Löschner, daß in Aachen ein gegen die Führer gerichtetes Flugblatt Verbreitung fand, das in Köln hergestellt sein soll.

**Tübingen.** Unsre am 22. Oktober abgehaltene Bezirksversammlung war vom Vorort und den umliegenden Druckorten Rottenburg, Hechingen, Balingen, Ebingen und Talfingen gut besucht. Das Ableben eines Kollegen wurde vor Eintritt in die Tagesordnung in der üblichen Weise geehrt. Die in einem vorzüglichen Referat von Gauvorsteher Klein (Stuttgart) geschilderte allgemeine gewerbliche und tarifliche Lage nebst kurzer Streifung der zur Zeit viel umstrittenen Frage des Industrieverbandes wurde mit großem Interesse von den Versammlungsteilnehmern verfolgt und beifällig aufgenommen. Auch die in der Diskussion an den Redner gestellten Fragen beantwortete er zufriedenstellend. Die unter „Verschiedenem" teilweise gegebenen Berichte der Vertrauensleute der einzelnen Druckorte zeigten, daß der Tarif im allgemeinen gut durchgeführt wird, speziell in puncto Bezahlung der jeweiligen neuen Teuerungszulagen. Mit der Mahnung des Gauvorstandes zu fernerem treuen Festhalten an der Organisation erreichte die Versammlung ihr Ende.

**Wald** (Rhld.). Eine kombinierte Versammlung der drei Ortsvereine Solingen, Wald und Ohligs nahm eingangs der Tagesordnung Notiz von der Beitragserhöhung. Vorsitzender Bartels wies auf die vom „Korr." gegebene Begründung hin und erläuterte die Notwendigkeit erhöhter Verbandsbeiträge. Sodann befaßte sich die Versammlung mit der hier vor einigen Wochen erfolgreich durchgeführten Lohnbewegung. Die Versammlung genehmigte das zwischen einer Prinzipals- und Gehilfenkommission vereinbarte Schlußprotokoll. Ein Vortrag über das „Reichsmietengesetz" vom Dezernenten des Wohnungsamts Wald, Kollegen Lange, gehalten, brachte manches Wissenswerte. Zu der immer mehr zunehmenden gewaltigen Teuerung fand folgende Resolution, die den betreffenden Instanzen übermittelt wurde, einstimmige Annahme: „Die am 22. Oktober im ‚Gewerkschaftshause' Wald tagende kombinierte Versammlung der drei Ortsvereine Solingen, Wald, Ohligs beschäftigte sich in eingehender Weise mit den sprunghaft steigenden Preisen aller notwendigsten Bedarfsartikel und kam zu dem Resultat, daß die am 24. Oktober in Kraft tretende Erhöhung in gar keiner Weise den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Die Versammelten verlangen eine sofortige Einberufung des Kreisamts des Gaues Rheinland-Westfalen und des Tarifausschusses. Die genannten Körperschaften haben sich mit den Teuerungsverhältnissen zu beschäftigen und eine entsprechende Erhöhung der Kreisamtszulage und des tariflichen Lohnes zu beschließen, da es bei den bescheidensten Ansprüchen unmöglich ist, mit den jetzt geltenden Löhnen seinen Unterhalt fristen zu können."

## Jubiläumstafel

Den Alten zur Ehr — Den Jungen zur Lehr

Setzer Theodor Labs, geb. in Fischeln b. Krefeld: 50jähriges Berufsjubiläum. Jetzige Kondition: A. Bagel, A.-G., in Düsseldorf.

Drucker Karl Nehring aus Stargard i. Pomm., 10. November: 50jähriges Berufsjubiläum. Jetzige Kondition: Karl Schmalfeldt, Berlin.

## Rundschau

**Keine Bestellungen mehr auf die Verbandsgeschichte.** Auf Wunsch des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker sei an dieser Stelle das Ersuchen ausgesprochen, auf den ersten Band der Geschichte unsrer Organisation keine Bestellungen mehr nach Leipzig einzusenden. Der Bestand ist so zusammengeschmolzen, daß die vorhandenen Exemplare bis zu dem noch ganz unbestimmten Erscheinen des zweiten Bandes zurückgehalten werden sollen. Einzelwünsche werden dann aber Berücksichtigung finden können, so weit es eben geht.

**Verlängerte Erwerbslosenunterstützung für die Buchdrucker betreffend.** Unter dieser Stichmarke berichteten wir in Nr. 119 über die Bemühungen des Verbandsvorstandes, für die Buchdrucker eine Verlängerung der 13wöchigen Frist zum Bezuge der Erwerbslosenunterstützung beim Reichsarbeitsministerium zu erwirken. Gleichzeitig wurde ein Bescheid des Reichsarbeitsministers in dieser Sache mitgeteilt, der u. a. dahin ging, daß die Arbeitsmarktlage der Buchdrucker vom Präsidenten des Reichsamts für Arbeitsvermittlung mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, und daß bei eintretender weiterer Verschlechterung die Beschränkung der Unterstützungsfrist auf 13 Wochen für die Buchdrucker unverzüglich rückgängig gemacht werden würde. In Verfolg dieser Zusage ist der Verbandsvorstand unterm 27. Oktober abermals an den Reichsarbeitsminister herangetreten mit dem Hinweise, daß die seinerzeit geäußerten Befürchtungen sich leider bestätigt haben, und daß die Arbeitslosigkeit unter den Buchdruckern einen Umfang angenommen hat, der die Erwartungen weit übertroffen hat und dessen weiteres Ausmaß noch nicht abzusehen ist. In Berücksichtigung dieses Umstandes hält der Verbandsvorstand den Zeitpunkt für gekommen, die in Aussicht gestellte Aufhebung der Beschränkung der Unterstützungsfrist für Buchdrucker in die Tat umzusetzen. Hoffentlich verschließt sich das Reichsarbeitsministerium dieser dringenden Notwendigkeit nicht länger und ordnet die Aufhebung der beschränkten Unterstützungsfrist schleunigst an.

**Internationaler Kongreß der Buchdruckereibesitzer in Göteborg.** Die internationale Tagung der Buchdruckereibesitzer in Göteborg, die vom 4. bis 6. Juni 1923 stattfindet, hat eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Es werden behandelt die verschiedenen Systeme der Kostenberechnung sowie die Vereinheitlichung des Papierformats und der Papierqualitäten. Es wird empfohlen, für Druckpapier, Schreib-, Post- und Kunstdruckpapier festzulegen: bestimmte Formate, gewisse Stärken und bestimmte Qualitäten, etwa drei bis vier von jeder Sorte. Auch für alle Arten von Schnellpressen, Tiegeldruckpressen und Rotationsmaschinen werden bestimmte Formate vorgeschlagen. Die Formate könnten wohl auf etwa drei beschränkt werden, was die Maschinen wesentlich verbilligen würde. Des weiteren steht auf der Tagesordnung: Neue Erfindungen auf dem graphischen Gebiete. Die Bedeutung der Offsetpresse in Buchdruckereien. Wie heben wir die Hygiene der Arbeitsräume? Verkaufsgrundsätze für Drucksachen. Wie können wir die Vereinheitlichung der Entlohnung in allen Ländern gleichmäßig herbeiführen? Arbeitsordnungen und Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Ländern. Das Lehrlingssystem der verschiedenen Länder. Preisregulierung für Schriftgießereiprodukte. Die Bedeutung des Tiefdrucks für die Buchdrucker. Kostenberechnung in den verschiedenen Ländern. Die Leitung des Buchdrucks nach wissenschaftlichen Grundsätzen. Industrielle Demokratie für Buchdruckereien. Auch die verschiedenen Prämiensysteme in Buchdruckereien dürfen nicht fehlen. Das sind alles Verhandlungspunkte, denen auch die Gehilfenschaft besonderes Interesse entgegenbringt.

**Wiedereinführung der Zeitungsbestellgebühr.** An sich war es schon längere Zeit bekannt, daß die Postverwaltung die zum Juli 1921 gelegentlich einer kräftig ausgefallenen allgemeinen Tariferhöhung aufgegebene Gebühr für die Bestellung der Zeitungen in das Haus wieder einzuführen gedenkt. Es ist auch bekannt, daß seit Jahren die Postverwaltung weitgehende Rücksicht nimmt auf die Lage der Zeitungen und die — sagen wir einmal — innere Postgebühr für Zeitungen und Zeitschriften in erträglichen Grenzen hielt, sie auch jetzt nicht erhöhen will. Für das Exemplar „Korr." berechnete die Post vor dem Juli 1921 z. B. 16 Pf. im Quartal, die einfach dem Verlage von dem eingezahlten Abonnementsbetrage in Abzug gebracht wurden, seither beträgt diese Gebühr 78 Pf.; es kommt aber eine am 1. Januar 1922 eingeführte Berechnung der Verpackungskosten hinzu, die mit 10 Pf. pro 100 Stück jedoch mäßig zu nennen ist. Die Leitung der Reichspost hat mit dieser Einsicht der Presse gegenüber in erster Linie den vielen und eindringlichen Vorstellungen der Organisation der Zeitungsverleger Rechnung getragen. Nun will sie sich aber selbst kräftig korrigieren mit dem „Fehler" der Aufgabe der Bestellgebühr. Grundsätzlich sollte jede Postsache in das Haus bestellt werden, wie es bei Briefen, Drucksachensendungen und Telegrammen von jeher der Fall ist. Pakete, Geldsendungen und Zeitungen aber wurden gegen besondere Auftragsgebühr bestellt; bei den abonnierten Zeitungen war sie bei der Bestellung im voraus entrichtet. Mit den Zeitungen soll es nun nach der heiteren Methode gehen: Raus aus die Kartoffeln, rin in die Kartoffeln! Von den Paketen usw. ist die Absicht gleicher Rückwärtsentwicklung noch nicht bekannt geworden. Und wie soll gleich in die Vollen gegangen werden! 1,50 M. für die Bestellung jedes Exemplars einer abonnierten Zeitung oder Zeitschrift ist die Absicht. Eine sechsmal wöchentlich erscheinende Zeitung, die im Jahr also mit 300 Nummern herauskommt, würde mithin eine Abonnementsbelastung von 450 M. im Jahr erfahren. Für die Leute des neuen Reichtums ist das ja nichts, aber diese lästigen Zeitgenossen lesen doch am allerwenigsten Zeitungen. Die Postverwaltung meint, die Verleger würden durch die Wiedereinführung der Bestellgebühr ja nicht unmittelbar betroffen, weil der Bezieher sie tragen müßte. Die Postbureaukraten zeigen sich mit dieser „Begründung" aber nur noch ein Teil weltfremder als die andern Bureaukratengruppen, die unter der Republik ebenso unvernünftig hausen als zu Wilhelms Zeiten. Herr Giesberts möge seine neue Absicht deshalb gründlich korrigieren.

**Das Reichswanderungsamt keine Arbeitsvermittlungsstelle.** Von der Zweiggeschäftsstelle Leipzig des Reichswanderungsamts wurde uns mitgeteilt, daß sich nicht selten Arbeitsuchende an diese Stelle wenden in der Meinung, das Reichswanderungsamt vermittle Stellung im Auslande. Das ist indes eine falsche Annahme. Die einzelnen Zweiggeschäftsstellen des Reichswanderungsamts erblicken vielmehr ihre hauptsächlichsten Aufgaben darin, Auswanderungslustige zuverlässig zu beraten über die Aussichtsmöglichkeiten, Stellung zu finden, über Land und Leute, insbesondere über die wirtschaftlichen Verhältnisse des betreffenden Landes und über Erfordernisse in sprachlicher Beziehung. Außerdem stehen Interessenten Bibliotheken zur Verfügung, die in ihrer Zusammenstellung den speziellen Zwecken des Reichswanderungsamts angepaßt sind. Unsern nach dem Auslande Stellung suchenden Kollegen empfehlen wir diesen Hinweis dringend zur Beachtung, und außerdem verweisen wir darauf, daß vor Annahme einer Kondition im Auslande rechtzeitig bei der betreffenden Organisationsleitung schriftliche Erkundigungen einzuziehen sind. Wer vor empfindlichem Schaden bewahrt bleiben will, folge diesen gutgemeinten Ratschlägen.

**Dollarstand über 6000!** Die Unglücksfahrt Deutschlands in das österreichische Elend hat nun, nachdem am 25. August der Dollar als neuer Weltgötze auf 2400 M., am 9. Oktober auf etwas über 3000 M., am 21. Oktober auf 4300 M. getrieben war, mit 6500 M. am 3. November (amtlicher Berliner Schlußkurs 6159,56 M.) einen so heftigen Stoß in die Tiefe erfahren, daß alles entsetzt den Atem anhielt. Wenn am 31. Oktober die offizielle Dollarnotierung 4177,03 M. lautete, nach vier Tagen, am 3. November, aber 6159,56 M., so ist dieses Tempo atemberaubend. Am 4. November war dann mit 6010 M. ein gar trauriges Wochenende erreicht. Die in Berlin jetzt verhandelnde Reparationskommission der alliierten Regierungen wird nun wohl einsehen, daß mit ganz andern Mitteln als Reparationen, Sanktionen und Retorsionen dem todwunden Deutschland geholfen werden muß. Havenstein, dem Säulenheiligen der Reichsbank, wird man nunmehr ganz deutlich erklären müssen, daß mit seiner Methode der Hütung des letzten deutschen Goldschatzes Schluß einzutreten hat, weil das deutsche Volk ein Anrecht auf diese Hilfe hat, die mehr als ein Strohhalm beim Ertrinken ist. Der Reichskanzler muß aus seiner Unentschiedenheit heraustreten, sich mehr als Anwalt der großen Volksgemeinschaft zeigen und auf Seite der Regierungsmitglieder treten, die nicht unter dem Banne von Sonderinteressen stehen. Die Reichsregierung aber hat dem verbrecherischen Spekulantentum mit ganz andern Mitteln als der nur ein Einführungsstück bildenden Devisenordnung entgegenzutreten. Man hat durch sein Gehenlassen der Dinge der Reaktion den Steigbügel gehalten, das Volk aber in immer größeres Elend sinken lassen. Wenn dann die rasende Verteuerung zu hohen Forderungen an die behördlichen und privaten Arbeitgeber zwingt, und der Vertreter des allen Interessen der Besitzenden gern gefälligen Finanzministeriums läßt Töne los wie gewerkschaftlicher Kuhhandel usw., was auch an dem Unglückstage des 3. November geschehen ist, dann werden die Arbeiter und Angestellten auch andre Töne zu finden wissen. Wir sind nicht in Italien! Wir werden auf der Zwischenlinie zwischen Faszismus und Kommunismus für Reinigung der vom Profit verpesteten Atmosphäre zu sorgen wissen!

**Die Gewerkschaften für aktive Währungspolitik.** Die Spitzenverbände der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen haben in einer Denkschrift an die Regierung und an die Parteien ihre Forderungen zur Verhütung des weiteren Zerfalls der Markwährung niedergelegt. Nach einem ausführlichen und überzeugenden Hinweis darauf, daß nicht nur jeder Versuch scheitert, das Lohneinkommen der Arbeitnehmer der sprunghaft fortschreitenden Verteuerung aller Lebensnotwendigkeiten anzupassen, und daß es so immer mehr erschwert wird, zu tariflichen Vereinbarungen zu kommen, wird auf die Hauptquelle der Teuerung, die ständige Entwertung des Geldes, Bezug genommen. Alle Versuche, die einheimischen Warenpreise den Weltmarktpreisen anzupassen, mühten aussichtslos bleiben, da deutsche Verbraucher solche Waren nicht mehr kaufen können, und die Anpassung der Löhne an den Weltmarkt würde die Wirtschaftskatastrophe nur beschleunigen. Zur notwendigen Stabilisierung der deutschen Mark werden in Vorschlag gebracht: Einführung einer wertbeständigen inneren Anleihe mit Deckung durch einen Teil der Reichsbankgoldreserve und Zugänglichmachung für alle Bevölkerungskreise; ähnlich wie beim Lohnsteuerabzug schnellere Steuereinziehung bei den Unternehmern und den besitzenden Klassen, die jahrelang auf sich warten läßt; praktischere Ausgestaltung der Devisenkontrolle; eine Auslandsanleihe, wenn zuvor im Innern alle Anstrengungen gemacht werden, um der weiteren Entwertung der Mark eine Grenze zu ziehen. Die Gewerkschaften verkennen nicht, daß nach wie vor das Hauptbestreben der Regierung darauf gerichtet sein muß, die unerträgliche Reparationslast, als die Hauptursache des Währungsverfalls, auf ein wirtschaftlich erträgliches Maß herabzusetzen und zu einem Zwangsvergleiche mit der Entente zu kommen. Die Gewerkschaften verlangen außerdem von der Regierung die Herbeiführung einer größeren Durchsichtigmachung der Kartelle, Syndikate und Trusts, die teilweise durch eine volkswirtschaftlich-schädliche Preispolitik den Verfall der Währung fördern. Ferner ist zu fordern, daß mit der schon so oft verlangten und angekündigten Sparsamkeit und Vereinfachung in allen öffentlichen Betrieben und Verwaltungen endlich schleunigst Ernst gemacht wird. Schließlich erwarten die Gewerkschaften von der Reichsregierung die baldige Vorlegung eines großzügigen Produktionssteigerungsplans, der die Befriedigung der lebensnotwendigen Bedürfnisse des Volkes sichert. Angesichts dieser gemeinsamen Forderungen müßten auch die Arbeitervertreter in der Demokratischen Partei und im Zentrum im Reichstag eine andre Haltung einnehmen.

**Der Reichsverruf gegen den Schundschriftenhandel.** Trotz der Teuerung und Knappheit des Papiers sind zur Zeit in Deutschland 300 Schundbestreiben mit 3 Milliarden Einzelheften verbreitet. Da in nächster Zukunft nicht mit einem Reichsgesetze gegen die Erzeugung von Schundliteratur zu rechnen ist, hat die Hauptstelle zur Bekämpfung der Schundliteratur in Berlin einen Reichsverruf gegen den Schundschriftenhandel in die Wege geleitet. Als Unterlage für dieses durch die Rechtsprechung gebilligte Vorgehen wurde eine Reichsschundliste verbreitet mit 123 der gefährlichsten Schundbestreiben, die nachweislich bei Schulkindern und Fortbildungsschulpflichtigen gefunden wurden. Sie enthält fast alles, was an grobem Schund auf dem Markt ist. Von diesen 123 Schundbestreiben sollen nach Berichten der Tagespresse 67 gar auf Sachsen und davon allein 44 auf Dresden entfallen.

## Verschiedene Eingänge

„Schweizer Graphische Mitteilungen." Monatsschrift für das graphische Kunstgewerbe. 40. Jahrgang. Heft 9. Redakteur und Herausgeber August Müller in St. Gallen (Schweiz). Halbjährlich bei direkter Zusendung einschl. Porto 5,50 Fr. für die Schweiz, 6,75 Fr. für das Ausland.

„Die Glocke." Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Parvus. Nrn. 28 bis 30 8. Jahrgang. Preis 15 M. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68.

„Der Naturarzt." Hefte 10. 50. Jahrgang. Monatlich ein Heft. Bezugspreis jährlich 50 Mk., Einzelnummer 5 Mk. (Mitglieder des Deutschen Bundes der Naturheilvereine gratis.) Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Die Neue Zeit." Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Nrn. 1 bis 4. 41. Jahrgang. 1. Band. Einzelheft 15 M., vierteljährlich 130 M. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart.

## Briefkasten

**J. W. in O.:** Artikel ist nach einigen Ausstellungen für die großen Tarifverhandlungen ganz geeignet. Warum aber haben Sie nicht die Briefkastennotizen an A. B. in L. (Nr. 124) und M. G. in S. sowie A. P. in N. (Nr. 122) beachtet? Wer etwa meint, aus diesem Grund erfolgten keine Ablehnungen, der irrt nicht so knapp. — **F. G. in B.:** Daß unter den obwaltenden Preisungeheuerlichkeiten des Papiers ein dreimal wöchentlich erscheinendes Gewerkschaftsblatt sich nicht noch Beilagen leisten kann, ist doch wohl einzusehen. Dann aber muß auch mehr Einsicht bekundet werden, d. h. größere Zurückhaltung mit Artikeln und Kurzfassung aller Einsendungen. Wenn dem nicht nachgekommen wird, muß die Redaktion wohl oder übel zu mehr Ablehnungen schreiten. — **M. K. in O.:** Eine Vermittlungsstelle solcher Art gibt es überhaupt nicht. Die Adresse des Bundessekretärs der Deutsch-Amerikanischen Typographia (Zweig der International Typographical Union) lautet: Hugo Miller, Bankers Trust Building, Rooms 640–650, Indianapolis, Ind. — „Gallische Nachrichten": Aber derartige Jubiläen berichten wir nicht. — **Fa. C. B. in Berlin:** Wie vorstehend. — **A. B. in D.:** 120 M.

## Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

### Adressenveränderung

**Beuthen** (O.-S.). (Ort und Bezirk.) Vorsitzender: Otto Kalanke, Hindenburgstraße 9.

**Kirchhain** (N.-L.). Kassierer: Fritz Lembke, Am Hohen Steig 3.

**Ratibor.** (Bezirk und Ort.) Vorsitzender: Paul Wojaczek, Troppauer Straße 59; Kassierer: Viktor Iskalla, Große Vorstadtstraße 33 III.

**Wernigerode a. H.** Vorsitzender: Heinrich Kessel, Ilsenburger Straße 16; Kassierer: Otto Könnecke, Plemnitzstraße 7 a I.

### Versammlungskalender

**Berlin.** Versammlung der Freien Faktoren Freitag, den 10. November, abends 8 Uhr, im „Berliner Klubhaus", Ohmstraße 2. — Vorstandssitzung 7 Uhr.

**Dessau.** Versammlung heute Dienstag, den 7. November, abends 7 Uhr, im „Tivoli".

**Dresden.** Mitgliederversammlung Freitag, den 10. November, abends 6½ Uhr, im „Volkshause" (großer Saal), Ritzenbergstraße 2.

— Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 12. November, vormittags 10 Uhr, im „Volkshause" (Saal 1).

— Versammlung der Freien Faktoren Sonnabend, den 11. November, abends 8 Uhr, im „Kaulbachhof".

— Versammlung des Graphischen Kartells heute Dienstag, den 7. November, abends 6½ Uhr, in den „Antonsälen", Fischstraße.


**Erstklassige Maschinenmeister**

für feinsten Illustrations-, Farben- und Wertpapierdruck für sofort gesucht. Es kommen nur Herren in Frage, die mit Zweitourenmaschinen und Anlegeapparat vertraut sind und wirklich hohe Ansprüche erfüllen können.

**C. Naumanns Druckerei**
Frankfurt a. M., Eschersheimer Landstraße 28/30.

**Für das Bureau**

einer mittleren, stark beschäftigten Druckerei im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird ein gelernter

**Fachmann**

gesucht, der in der Lage ist, alle einlaufenden Druckaufträge selbständig zu bearbeiten. Kenntnisse der Kalkulation und Übung auf der Schreibmaschine erwünscht.

Bewerbungen mit Lebenslauf unter Nr. 308 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Nicht zu junger, lediger

**Maschinenmeister**

in angenehme und dauernde Stellung bei guter Bezahlung gesucht. Verlangt wird Tüchtigkeit an Tiegel und Schnellpresse mit Anlegeapparat (Kleim & Angerer). Kenntnisse einer 16teiligen Frankenthaler Rotation erforderlich. Eintritt sofort. [311

Heinrich Soltau,
Buchdruckerei und Verlagsanstalt,
Norden i. Ostfriesland.

Tüchtiger

**Tiegeldrucker**

gesucht. [314

„Germania", Berlin C 2,
Stralauer Straße 25.

**Schriftsetzer**

20 Jahre alt, sucht Stellung zum 15. November. Mitteldeutschland bevorzugt.

Offerten erbeten unter K. G. 309 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8.

Junger, strebsamer

**Schriftsetzer**

(mit Einjährigenzeugnis), sucht sofort Stellung. Egal wohin.

Gefl. Angebote unter Nr. 313 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

**Akzidenz- und Inseratensetzer**

30 Jahre alt, wünscht sich in kleine Druckerei zu verändern. Ausbildung in Kontorarbeiten erwünscht.

Gefl. Zuschriften erbeten unter Nr. 318 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8.

Junger, flotter

**Linotypesetzer**

mit guten Maschinenkenntnissen sucht sofort Stellung.

Werte Angebote unter „Linotype 315" an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Tüchtiger, flotter, korrekter

**Linotypesetzer**

21 Jahre alt, 5½jährige Praxis, mit guten Zeugnissen, sucht Stellung. Süddeutschland bevorzugt. [297

O. Erfurt,
Bitburg (Eifel), Erdorfer Straße 16.

**Schweizerdegen**

ältere, tüchtige Kraft, vorw. Drucker, sicher u. zuverl. i. all. vork. Arb., auch m. Anlegeapparat „Univ." vertr., sucht sich mögl. sof. als Erster zu veränd. Off. erb. an A. Peters, Magdeburg-Neustadt, Moldenstr. 54 III.

Erstarkender, arbeitsfreudiger

**Schweizerdegen**

vorwiegend Setzer, sucht für sofort oder später angenehme Dauerstellung.

Angebote unter „Schweizerdegen" postlagernd Gera (Reuß) erbeten.

**Junger Maschinenmeister**

an flottes Arbeiten gewöhnt, firm im Werk-, Platten- und Illustrationsdruck, Kenner des UZ., wünscht sich zu veränd. Egal wohin! Werte Angeb. an K. Brauer, Leipzig-Stötteritz, Meißnerstr. 3 III l.

Rheinland od. Süddeutschl. bevorzugt.

**Maschinenmeister**

ledig, perfekt in allen vork. Arbeiten an Schnellpr. u. Tiegel, verfr. m. Frontbogenschnellp. „Winkler" u. Zweitourenmach. „Windsbraut" sowie Anlegeapp. „Univers." u. „Winkler", sucht sof. angen. Dauerstell.

Gefl. Ang. unter M. H. 322 an d. Geschäftsst. d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8.

Junger, intelligenter

**Maschinenmeister**

23 Jahre alt, firm im Platten-, Werk- u. Akzidenzdruck, Kenner des UZ., sucht sich sofort in dauernde Stell. zu veränd.

Gefl. Angebote erbittet Erich Leibold, Leipzig-Stötteritz, Ferd.-Jost-Straße 30.

**Alphabethefte**
**Schriftvorlagen**

Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Leipzig, Salomonstraße 8.
744] Postscheckkonto 534 30.

**Berliner Korrektorenverein**

Sonntag, den 12. November, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus", Alexandrinenstraße 44:

**Vereinsversammlung**

Tagesordnung: 1. Neuaufnahmen. 2. Vortrag. 3. Wahl eines Vertreters im Gauvorstande. 4. Antrag auf Gewährung eines Zehrgeldes an die arbeitslosen Versammlungsbesucher. 5. Vereinsmitteilungen. 6. Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

**Teilzahlung**

Kataloge umsonst und portofrei.
Katalog a { Photo-Apparate aller Art / Sämtliche Photo-Artikel
Katalog b { Lederwaren aller Art, Koffer, Rucksäcke, Schirme, Reisegläser, Reißzeuge

**Jonass & Ko., Berlin P 407**
Belle-Alliance-Straße 7-10

**Bleischnittkasten**

Handwerkskasten aus Erlenholz, enthaltend 5 Stichel, 1 Stahlflachwinkel, 1 Kurvenlineal, 2 Graviernadeln, Schleifsteine, Umdruckfäure, Durchzeichenpapier, Schmirgelleinen, 2 Gravierplatten. Preis komplett 1400 Mk. franko.

K. Siegl, München 9, Columbusstraße 1.


Am 1. November verstarb nach kurzem Krankenlager, 70 Jahre alt, unser lieber Kollege, der Setzerinvalide

**August Feigenspan**

aus Mühlhausen i. Th. Seit 1. Juli 1871 war er Mitglied unsres Verbandes.

Leicht sei ihm die Erde!

Ortsverein Dessau.

Am 25. Oktober verstarb unser lieber Kollege, der Setzer

**Karl Günterhaak**

aus Hamburg, im 31. Lebensjahre.

Am 30. Oktober verstarb unser lieber Kollege, der Drucker

**Otto Langpaap**

aus Böhen i. M., im 21. Lebensjahre. [312

Am 1. November verstarb unser lieber Kollege, der Drucker

**A. Gerdau**

aus Hamburg, im 55. Lebensjahre.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen

Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 26. Oktober verschied in München im Alter von 62½ Jahren unser werter Mitglied [317

**Joseph Schäffler**

Der Verstorbene war Gründungsmitglied und mehr als zehn Jahre Kassierer unsres Vereins. Sein kollegiales Wesen und seine eifrige Mitarbeit sichern ihm ein dauerndes Andenken.

Bayerischer Korrektorenverein
(Sitz München).

Am 2. November erlöste der Tod unsern lieben Kollegen, den Drucker [324

**Kurt Rawiel**

von seinem qualvollen Leiden. Sein Andenken werden stets in Ehren halten

Die Kollegen der Firma Roßbergsche Buchdruckerei, Leipzig.


Verlag: Treuhandverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Karl Helmholz in Leipzig, Salomonstraße 8. — Druck: Radelli & Hille in Leipzig.